



Deutsch Aktuell

Top-Thema – Manuskript

Streit über Werbeverbot für Abtreibungen

In Deutschland dürfen Ärzte keine Werbung für Abtreibungen machen. Doch wo hört Information auf und wo fängt Werbung an? Darüber wird schon lange gestritten. Auch die Politik sucht nach Antworten.

Die Ärztin Kristina Hänel informierte auf ihrer Internetseite darüber, dass sie in ihrer Praxis Abtreibungen **vornimmt**. Sie bot auch eine Datei mit Informationen zum Download an. Ein Gericht verurteilte sie daraufhin zu einer Geldstrafe. Denn nach dem **Paragrafen 219a** des Strafgesetzbuchs ist es Ärzten in Deutschland verboten, öffentlich darüber zu informieren, dass sie auch **Schwangerschaftsabbrüche** vornehmen.

Durch das Urteil ist in Deutschland die Diskussion über dieses Gesetz wieder lauter geworden. Seit Jahren schon wird über das Informations- und Werbeverbot gestritten. Kritiker halten es für eine **Entmündigung** von Frauen in Notsituationen. **Befürworter** sagen hingegen, dass man nur mit dem Verbot einen Markt für Schwangerschaftsabbrüche verhindern kann.

Auch Politiker aller Parteien diskutieren seit Monaten über das Thema. In der **Union** wollen viele den Paragrafen behalten und gleichzeitig die Informationen für Frauen verbessern – etwa durch Listen von Ärzten, die Abtreibungen vornehmen. Der **Koalitionspartner SPD** will den Paragrafen ganz **abschaffen**. Das hatte er bereits Anfang 2018 vorgeschlagen. Seitdem versucht die SPD, mit der Union einen **Kompromiss** zu finden – bisher ohne Erfolg.

Auch die **FDP** fordert die Abschaffung des Paragrafen. Für den FDP-**Vorsitzenden** Christian Lindner ist es vor allem wichtig, „Mediziner zu **entkriminalisieren**“. Mit den Stimmen der SPD, FDP, der **Linken** und der **Grünen** gäbe es sogar eine Mehrheit im Parlament – allerdings riskiert die SPD dann einen großen Streit mit ihrem Koalitionspartner CDU/CSU.

*Autoren: Richard A. Fuchs / Benjamin Wirtz
Redaktion: Ingo Pickel*



Deutsch Aktuell

Top-Thema – Manuskript

Glossar

Abtreibung, -en (f.) – die Tatsache, dass eine Schwangerschaft absichtlich vor der Geburt beendet wird (meist durch einen Arzt)

etwas vor|nehmen – hier: etwas durchführen; etwas machen

Paragraf, -en (m.) – ein Abschnitt eines Gesetzes, der eine Nummer hat

Schwangerschaftsabbruch, -abbrüche (m.) – die Tatsache, dass eine Schwangerschaft vor der Geburt beendet wird

Entmündigung, -en (f.) – die Tatsache, dass jemandem das Recht auf etwas weggenommen wird und er eine Entscheidung nicht selbst treffen darf

Befürworter, -/Befürworterin, -nen – die Person, die für etwas ist

Union (f., hier nur Singular) – hier: die beiden konservativen Parteien CDU und CSU, die gemeinsam eine Gruppe im Parlament bilden

Koalitionspartner, - (m.) – die Partei, die mit anderen Parteien zusammen regiert

SPD (f.) – Abkürzung für: Sozialdemokratische Partei Deutschlands; eine große deutsche Partei

etwas ab|schaffen – hier: dafür sorgen, dass es etwas nicht mehr gibt

Kompromiss, -e (m.) – eine Lösung für ein Problem, mit der alle zufrieden sind

FDP (f.) – Abkürzung für: Freie Demokratische Partei; eine liberale Partei in Deutschland

etwas/jemanden entkriminalisieren – dafür sorgen, dass etwas/jemand nicht mehr bestraft wird

Vorsitzende, -n (m./f.) – die Person, die eine Organisation oder eine Gruppe leitet

Linke (f., nur Singular) – hier: die politische Partei „Die Linke“ in Deutschland

die Grünen (f.) – Abkürzung für: Bündnis 90/Die Grünen; eine deutsche Partei, die sich unter anderem für den Umweltschutz einsetzt